



12150/AB

vom 31.05.2017 zu 12695/J (XXV.GP)

BMJ-Pr7000/0087-III 1/2017

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR JUSTIZ

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 12695/J-NR/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Albert Steinhauser, Freundinnen und Freunde haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Reformstau im Strafvollzug“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage aufgrund der mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu 1 bis 3:

Zur Datenanfrage hinsichtlich des Jahres 2016 verweise ich auf meine Beantwortung der Anfrage zur Zahl 12285/J-NR/2017 (zu Frage 9 und 10) sowie die darin u.a. auch hinsichtlich der Jahre 2011 bis 2015 angesprochenen Beantwortungen der Anfragen zu 11632/J-NR/2012, 306/J-NR/2013, 4197/J-NR/2015 und 7053/J-NR/2015 (je zu Frage 1 bzw. 9 bis 12). Auch für das Jahr 2016 sind im Rahmen der Verfahrensautomation Justiz Daten nur im dort erklärten Ausmaß vorhanden.

Zu 4:

Im Rahmen des Projekts Justiz 3.0 wurde im Herbst 2016 die Einrichtung eines elektronischen Beschwerderegisters projektiert. Damit sollen künftig sämtliche schriftlich eingebrachten Beschwerden von Insassinnen und Insassen erfasst und bearbeitet werden. Ein Start dieses Registers ist für das erste Quartal 2018 geplant. Eine bundesweite Inbetriebnahme soll im Laufe des Jahres 2018 erfolgen.

Zu 5:

Statistische Auswertungen im Zusammenhang mit Beschwerden von Strafgefangenen und im Maßnahmenvollzug Untergebrachten können grundsätzlich erst für den Zeitraum ab der von mir initiierten Einrichtung der Kompetenzstelle Rechtsschutz in der durch das Strafvollzugs-Reorganisationsgesetz 2014, BGBl. I Nr. 13/2015, errichteten Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen im Bundesministerium für Justiz per 1. Juli 2015 bereitgestellt werden. Für den zur Beantwortung relevanten Zeitraum vor der Einrichtung der Generaldirektion (2010 bis Ende Juni 2015) kann daher mangels Vorliegens valider Daten keine Aussage getroffen werden.

Im Zeitraum 1. Juli 2015 bis 31. Dezember 2016 sind in der Kompetenzstelle Rechtsschutz 1.041 Aufsichtsbeschwerden angefallen. Diese werden zunächst für den Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2015 und anschließend das Jahr 2016 wie folgt dargestellt:

Im Zeitraum 1. Juli 2015 bis 31. Dezember 2015 gab es insgesamt 378 Aufsichtsbeschwerden, davon betrafen 66 Beschwerden die medizinische Versorgung)

Aufteilung nach Justizanstalten

Justizanstalt	Anzahl	Justizanstalt	Anzahl	Justizanstalt	Anzahl
Graz-Karlau	71	Korneuburg	11	Klagenfurt	3
Stein	52	Innsbruck	10	Ried	3
Garsten	30	Linz	9	Wien-Favoriten	3
Wien-Simmering	26	Leoben	7	Wels	2
Göllersdorf	25	Feldkirch	5	Krems	2
Graz-Jakomini	25	St. Pölten	5	Gerasdorf	1
Wien-Mittersteig	24	Schwarzau	4	Eisenstadt	0
Sonnberg	20	Suben	4	Wiener Neustadt	0
Wien-Josefstadt	15	Salzburg	4		
Hirtenberg	14	FZ Asten	3		

Im Zeitraum 1. Jänner 2016 bis 31. Dezember 2016 gab es 663 Aufsichtsbeschwerden, davon betrafen 89 Beschwerden die medizinische Versorgung.

Aufteilung nach Justizanstalten

Justizanstalt	Anzahl	Justizanstalt	Anzahl	Justizanstalt	Anzahl
Graz-Karlau	104	FZ Asten	25	Korneuburg	7
Stein	88	Innsbruck	25	Klagenfurt	7
Wien-Mittersteig	49	Hirtenberg	19	Ried	5
Sonnberg	42	Graz-Jakomini	16	Wien-Favoriten	4
Wien-Josefstadt	41	Feldkirch	15	Krems	4
Garsten	38	Leoben	13	Eisenstadt	2
Göllersdorf	36	St. Pölten	11	Gerasdorf	1
Wien-Simmering	27	Suben	11	Wiener Neustadt	0
Linz	27	Salzburg	10		
Schwarzau	26	Wels	10		

Zu 6:

Die Frage, wie vielen der unter 5. genannten Beschwerden Folge gegeben und wie viele Beschwerden abgewiesen wurden, kann in dieser Form nicht beantwortet werden, weil das Bundesministerium für Justiz kein Organ der unabhängigen Rechtsprechung ist und daher Beschwerden weder stattgeben noch abweisen kann.

In den Jahren 2015 und 2016 sind jedenfalls 897 Entscheidungen der Vollzugsgerichte gemäß § 16 Abs. 3 StVG ergangen. Qualitative Daten zu den Entscheidungen der Vollzugsgerichte über Rechtsbeschwerden werden aber erst ab Verfügbarkeit des

elektronischen Beschwerderegisters möglich sein.

Zu 7 bis 13:

Seit Beginn der gegenständlichen Gesetzgebungsperiode wurde an nachstehenden Projekten fachbereichsbezogen gearbeitet. Abhängig von Aufwand und Umfang der einzelnen Projekte konnte eine nicht unwesentliche Anzahl davon auch bereits zum Abschluss gebracht werden. Ich ersuche um Verständnis, dass jedenfalls für jene Projekte, die ohne Beiziehung externer Fachexpertise im eigenen Wirkungsbereich realisiert wurden, keine Kostenanteile ausgewiesen werden können, weil damit ein unverhältnismäßiger Erhebungs- und Verwaltungsaufwand verbunden gewesen wäre.

I.) Fachbereich Organisation und Struktur

In der Vergangenheit erfolgten mehrere Reorganisationen im Bereich der Oberbehörde bzw. obersten Behörde (z.B. dienstbehördliche Zuständigkeit der OLG-Präsidenten für den Strafvollzug, Einrichtung der Vollzugsdirektion). Daneben wurde versucht, die Vollzugsbehörden I. Instanz (Justizanstalten) mit zahlreichen kleineren und auch größeren inhaltlichen Projekten anzureichern und Verbesserungen zu erzielen, was in vielen Bereichen auch gelungen ist. Die Organisation der Justizanstalten selbst blieb aber im Wesentlichen seit mehr als 20 Jahren unverändert.

In Anbetracht des laufenden Aufgabenzuwachses, der ständig steigenden Qualitätsansprüche, des vorgegebenen Ressourcenrahmens und der hohen Belagsauslastung sowie Arbeitsbelastung in den Strafvollzugseinrichtungen wurde durch die Reorganisation der Spitze des österreichischen Strafvollzuges in Form der Einführung der Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen im BMJ ein erster wichtiger Schritt gesetzt, um künftig einen noch qualitativ volleren Strafvollzug zu erzielen. Der eingeschlagene Weg wurde wie folgt fortgesetzt:

1.) Projekt „Organisation/Weiterentwicklung des Strafvollzuges“

Gesamtziel ist, durch die Optimierung des Einsatzes der zur Verfügung stehenden Ressourcen eine gleichzeitige Effizienzsteigerung des Strafvollzuges zu erzielen.

Zentral ist dabei, Klarheit über die Aufgabenstellungen (Ziele und Zwecke), insbesondere hinsichtlich der Kernaufgaben (Betreuung, Behandlung und Sicherheit) des Strafvollzuges zu gewinnen und deren Verhältnis zueinander abzuklären. Dazu zählen weiters ein Entwicklungsbild für Steuerung und Struktur des Strafvollzuges, die Entwicklung eines für alle Ebenen einheitlichen und gemeinsamen Führungsverständnisses und eines darauf aufbauenden Steuerungsmodells inklusive der einem zeitgemäßen Verwaltungsmanagement

zugehörigen Instrumente die Optimierung der Justizanstalten durch Klärung grundsätzlicher Fragen der Organisationstruktur sowie zum Ressourceneinsatz in den Justizanstalten.

Aufgrund der unter Umständen weitreichenden Folgen sind vor allfälligen bundesweiten Realisierungen Pilotprojekte durchzuführen. Erst nach deren Abwicklung und Evaluierung können endgültige Entscheidungen getroffen werden, in die auch andere Zentralstellen (z.B. das Bundeskanzleramt) einzubeziehen sein werden. Diese abgestufte Vorgangsweise in einem Personal- und Organisationsentwicklungsprozess wird der Sensibilität des Systems Strafvollzug gerecht und ist diesem geschuldet. Aus den dargelegten Gründen muss mit erhöhtem Zeitbedarf gerechnet werden. Es ist daher mit abschließenden Festlegungen nicht vor Ende des Kalenderjahres 2017 zu rechnen.

Anfänglich wurde die gleichzeitige Erstellung eines Leitbildes für den Strafvollzug in Erwägung gezogen. Dieses Vorhaben wurde jedoch im Hinblick auf den auf dem Strafvollzug lastenden Umsetzungsdruck aus Zeitgründen nachgereiht. Die im Zuge des Diskussionsprozesses erstellten Grund- und Leitsätze des Strafvollzuges werden sich jedenfalls als Ausgangsbasis für die Erarbeitung eines Leitbildes bestens eignen.

Wesentlich ist, dass nun erstmals alle Bereiche des Strafvollzuges auf wissenschaftlicher Grundlage hinterfragt und „abgeklopft“ werden. Dabei ergaben sich bereits viele konkrete Verbesserungen.

Bislang fielen Kosten in der Höhe von ca. 111.000 Euro an.

2.) Reformprojekt „Maßnahmenvollzug“

Auf Grundlage der Empfehlungen des Abschlussberichtes der Arbeitsgruppe Maßnahmenvollzug (MNV) vom Jänner 2015 habe ich die Generaldirektion in der Folge beauftragt, im Rahmen eines mehrjährigen und mittel- bis langfristig anzusehenden Großprojekts die notwendigen Verbesserungen des Vollzuges der mit Freiheitsentziehung verbundenen vorbeugenden Maßnahmen gemäß § 21 StGB („Maßnahmenvollzug“) zu entwickeln.

Zum Umsetzungsgrad der den Strafvollzug betreffenden Empfehlungen wird auf die angeschlossene Übersicht (Stichtag 25. April 2017) verwiesen. Die nicht die Strafvollzugsverwaltung unmittelbar betreffenden Empfehlungen werden grundsätzlich im Rahmen der Arbeiten zum Entwurf eines Maßnahmenvollzugsgesetzes behandelt.

Aufgrund der Vielschichtigkeit und Komplexität der Thematik ergibt sich eine große Zahl an parallel laufenden Teilprojekten mit unterschiedlichen Realisierungsgeschwindigkeiten. Bei der Umsetzung von Fachinhalten ist zu beachten, dass aus Akzeptanzgründen oftmals

gegenseitige Abstimmungen der Personal- und Organisationsentwicklung erforderlich sind. In zahlreichen Fällen lassen sich die endgültigen Festlegungen erst nach dem Ergebnis allfällig paralleler Gesetzesinitiativen bestimmen.

Ich ersuche um Verständnis, dass eine Ausweisung der im Reformprojekt Maßnahmenvollzug (insbesondere zur Erstellung des Abschlussberichtes) angefallenen Kosten nur mit einem unverhältnismäßigen Erhebungsaufwand möglich wäre, weshalb davon Abstand genommen werden muss.

II. Fachbereich Vollzug

1.) Deradikalisierung im Strafvollzug

Im Zusammenhang mit der aus Anlass der im Nahen Osten bestehenden Krisensituation nach Mitteleuropa drängenden Flüchtlingslage wurde im Jahr 2015 zur sachgerechten und zweckmäßigen Begegnung der in die Gewahrsame der Vollzugsbehörden eingewiesenen islamisch radikalisierten Personen die „Task Force De-Radikalisierung im Strafvollzug“ in der Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen eingerichtet.

Ziel der damit verbundenen projektartigen Ausrichtung war es, auf die mit der stark steigenden Zahl der Verurteilungen verbundenen Herausforderungen im Strafvollzug vorbereitet zu sein. Im Rahmen eines nationalen und internationalen Informationsaustausches wurden entsprechende Strategien und Umsetzungsvorschläge in allen Bereichen des Strafvollzugs, insbesondere dem Sicherheits-, Betreuungs- und Aus- und Fortbildungsbereich erstellt.

Sicherheit: Intern abgestimmte Vorschriften zum Umgang mit Personen, die wegen §§ 278b ff StGB angehalten werden; Einrichtung eines Verbindungsdienstes zwischen den Justizanstalten und den Landesämtern für Verfassungsschutz.

Betreuung: Leitfaden für die Gestaltung eines obligatorischen Vollzugsplans; Ausbau der Gesprächsangebote zur Extremismus-Prävention – Vertrag mit dem EUISA Network/DERAD; Screening zur Risikoeinschätzung; Erstellung eines De-Radikalisierungsprogrammes – Violence Prevention Network; Übergangsmanagement und Nachbetreuung – Sozialnetzkonferenz/Neustart.

Personalbereich: Aus- und Fortbildung: Schulungen durch das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung; regionale Fortbildungsveranstaltungen; Vorhaben: Das Thema „Umgang mit radikalisierten und extremistischen Inhaftierten“ soll als Unterrichtsgegenstand in den Grundausbildungen der Strafvollzugsbediensteten verankert werden.

Kooperationen

Interne Kooperation: regelmäßige Dienstbesprechungen mit allen Anstaltsleiter/innen zur Thematik in der Generaldirektion/BMJ zur Gewährleistung einer einheitlichen Praxis; Kooperation mit anderen betroffenen Ressorts im Rahmen des 2015 geschaffenen Interministeriellen Begleitgremiums der Beratungsstelle Extremismus und externen Partner/innen;

Europäische und internationale Kooperation: mit EuroPris in der Expertengruppe „Radicalization“, mit dem Middle Europe Corrections Roundtable (MECR) im Rahmen von gemeinsam organisierten Ausbildungs-Workshops zum De-Radikalisierungsthema und der International Corrections and Prisons Association (ICPA) im Rahmen der Mitgliedschaft im „Sub Committee on Counter Radicalization“ des „Training and Development-Committee“ bzw. dem Radicalisation Awareness Network (RAN) der Europäischen Kommission.

Forschung und Evaluierung: Begleitforschung durch das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS).

2.) Jugendvollzug:

Einrichtung einer bundesweiten Jugendgerichtshilfe im Jahr 2015.

3.) Integrationsmaßnahmen ausländischer Insassinnen und Insassen

Die Entwicklung der im Zuständigkeitsbereich sämtlicher Vollzugsbehörden I. Instanz bundeseinheitlich umzusetzenden Betreuungsmaßnahmen erfolgt projektartig.

Hierzu zählen die Einrichtung von Referenten für fremdenrechtliche Angelegenheiten und interkulturelle Kommunikation, Videodolmetsch in Justizanstalten (im medizinischen Bereich österreichweit seit Anfang 2017), sowie ein gemeinsames Projekt mit dem österreichischen Integrationsfonds zur Implementierung flächendeckender Orientierungs- und Wertekurse (entsprechend dem 50-Punkte Plan des Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres)

4.) Frauenvollzug

Festlegung von bundesweiten (Mindest)Standards für den österreichischen Frauenvollzug.

III. Fachbereich Gesundheitswesen

Ebenso erfolgt die Entwicklung bundesweiter Anpassungen im medizinischen Bereich grundsätzlich projektartig. Die Projekte zur Erweiterung der Applikation IVV-MED um ein einheitliches Genehmigungssystem für Zuweisungen (zur ärztlichen Weiterbehandlung) und Medikationen sowie die Erlassung bundesweit gültiger Hygienestandards sind

abgeschlossen. Ein Notfallsplan für Justizanstalten im Falle des Auftretens einer Pandemie wurde erlassen. Die Elektronische Verblisterung von Medikamenten erfolgt derzeit in drei Justizanstalten und soll bis Ende des Jahres 2017 bundesweit ausgedehnt werden. Die Erweiterung der Zuständigkeiten der Sonderkrankenanstalt Wilhelmshöhe zur Betreuung geriatrischer und onkologischer Patienten sowie das Projekt zur Entwicklung von Standards zur Behandlung suchtbegleitender Infektionskrankheiten (und einem darauf abgestimmten Vollzugsmanagement) wurden umgesetzt.

IV. Fachbereich Bauwesen

Aktuelle bzw. abgewickelte Bauprojekte während der laufenden Legislaturperiode:

Justizanstalt	Zweck	Planung/Umsetzung	Kosten/Euro brutto (z.T. durch Erweiterung des Mietvertrag BIG)
Wien-Josefstadt	Funktions- und Bestandsanierung Erneuerung der Kühlzellen und der Gewerbekälte in den Küchenbereichen, Erneuerung der Dampfanlage (Austausch Ölträgeranlage gegen Dampfkesselanlagen)	Planung 2015 bis 2017	noch nicht bezifferbar 996.000 Euro
Außenstelle Wilhelmshöhe	Adaptierung von Isolierhafträumen	2016 Planung 2017 Umsetzung	940.000 Euro
Wien-Simmering	Generalsanierung des „Zöglingstraktes“	2015 Planung 2017 Umsetzung	14.570.000 Euro
Wien-Mittersteig	General- und Funktionssanierung	2015 Planung 2017 Machbarkeitsstudie BIG offen	noch nicht bezifferbar
Wien-Favoriten	Erneuerung, Erweiterung Videoüberwachungs- und Haftraumsprechanlage	2017	ca. 220.000 Euro
Eisenstadt	Erweiterung (Neubau) und Bestandssanierung	2013 bis 2016	ca. 32.620.000 Euro (Mietvertrag BIG)
Stein	Neubau Anstaltsküche Sanierung Zellentrakt	2013 bis 2014 2015 bis 2018	10.985.000 Euro 13.350.000 Euro
Außenstelle Mautern	Errichtung Arbeitshalle	2014	ca. 550.000 Euro (Mietvertrag BIG)
St. Pölten	Erweiterungen Wachzimmer und Anstaltsküche	2015 bis 2016	2.246.000 Euro (Mietvertrag BIG)
Gerasdorf	Sanierung/Erneuerung Außenmauer; Jugendkompetenzzentrum Architektenwettbewerb	2017 bis 2018 (Umsetzung) 2015/16 Planung 2017 – 2020 (Umsetzung projektiert)	2.016.000 Euro 18.500.000 Euro (voraussichtlich)

Hirtenberg	Erneuerung Sicherheitsanlagen „externer Trakt“; Erneuerung der Außen-Sicherungsanlage; Aufstockung modularer Fertigteilbau; Anpassung Struktur der Insassenbetriebe; Erneuerung der Haftraumsprechanlagen	2013 bis 2015	650.000 Euro
		2014 bis 2017	1.495.000.Euro
		2015/16 Planung 2017 Umsetzung dzt. Planung	5.822.000.Euro 3.990.000.Euro
		2017	363.000 Euro
Sonnberg	Sanierung Flachdächer Erneuerung Gärtnerei, Neubau Besucherzentrum Arbeitshalle	2012 bis 2014 2017 (Machbarkeitsstudie)	1.236.000.Euro 4.500.000.Euro (Finanzierung offen)
Suben	Umbau Besucherzone, Verwaltungsbereich, Freigangabteilung, Dachgeschoß; Generalsanierung Einzelhaftrakt	2012 bis 2014 Planung abhängig von Budget	3.268.000.Euro ca. 3.320.000.Euro
Garsten	Erneuerung Haftraumsprechanlage; Schaffung Familienbesuchsräume; Sanierung Dach und Fassade Haupttrakt; Sanierung Gemeinschafts- Hafträume Konvent Trakt; Fassadensanierung; Errichtung Stiegenhaus Konvent Trakt; Zubauten Konvent Trakt Außensicherung West, Parkplatz; Außensicherung Konvent Trakt	2012 bis 2014	695.000 Euro
		2013 bis 2014	420.000 Euro
		2013 bis 2017	2.013.000. Euro
		2013 bis 2017	600.000 Euro
		2012 bis 2018 2015 bis 2016	1.570.000.Euro 270.000 Euro
		2016 bis 2018 2017 bis 2018	1.200.000.Euro 450.000 Euro
		dzt. projektiert	ca. 1.600.000.Euro
Linz/FZ Asten	Erweiterung 64 Unterbringungsplätze	2014 bis 2015	10.322.000.Euro
Leoben	Erweiterungen Torwache und Arbeitsbetriebe inkl. Photovoltaikanlage	2015 bis 2016	1.750.000.Euro
Graz-Jakomini	Erneuerung Haftraumsprechanlage	2015 bis 2016 (Planung) 2017 bis 2018 (Umsetzung)	1.760.000.Euro
Graz-Karlau	Neubau Besucherzentrum, Schießanlage,	2013 bis 2014	7.801.000.Euro

	Trainingsraum; Umstrukturierung Arbeitsbetriebe, Ausbildungszentrum, Arbeitstraining, Einrichtung Wohngruppen; Sanierung Elektrotechnik der Wirtschafts- und Arbeitsbetriebe; Generalsanierung Zellentrakt I	2015 bis 2016 2015 bis 2017 dzt. Planung (Beginn Umsetzung 2019)	4.858.000.Euro 1.128.000.Euro ca. 16.000.000.Euro
Außenstelle Maria Lankowitz	Sanierung Biogasanlage und Umstellung Heizung auf Hackgut	2013 bis 2014	436.000 Euro
Salzburg	Neubau JA in Puch/Urstein	2013 bis 2015	44.200.000 Euro (Mietvertrag BIG)
Innsbruck	Sanierung Nassräume; Erneuerung Haftraumsprechanlage	2013 bis 2016 2014 bis 2016	1.120.000 Euro 750.000 Euro
Klagenfurt	Grundsätzliche Sanierung oder Neubau	Planungen seit 2013 Konzept 2016/2017	Finanzierung offen

Alle künftigen Investitionen werden von den Ergebnissen der bei der Donauuniversität Krems in Auftrag gegebenen „Standortstudie“ abhängen, die die Grundlage für die Optimierung der Standorte unserer Justizanstalten bilden soll.

V. Fachbereich Sicherheit

Projekt	Zeitraumen/Fortschritt	Kosten/EUR
Ballistische Überziehwesten	Vergabeverfahren läuft Lieferung 2017	600.000 Euro
Ankauf von Dienstwaffen, Schutzausrüstung und Zubehör	Ausgabe zum Teil bereits erfolgt Lieferung 2017/2018	980.000 Euro
Stichschutzhandschuhe	Ausgabe ist bereits erfolgt	100.000 Euro

VI. Fachbereich Rechtsschutz und Controlling

Projekt	Projektziel	Fortschritt/Kosten EUR
Angleichung des Aufwandes für medizinische Versorgung von Insassen an die Tarife der GKK	Zuteilung eines Insassen zur med. Betreuung an einen Krankenversicherungsträger	<u>Vorstufe:</u> 15a B-VG Verträge mit angepasster (höherer) Refundierung der Länder voraussichtlich ab Mitte 2017 <u>Endziel:</u> Legislativvorhaben

Elektronisches Beschwerderegister	Elektronische Erfassung sämtlicher schriftlicher Beschwerden der Insassen	Beginn des Projektes Herbst 2016; erstes Release Anfang 2018
Strategisches Controlling im Maßnahmenvollzug gem. § 21 StGB	Erweiterung der Datenbasis der jährlichen Monitoringberichte im Maßnahmenvollzug Entwicklung von Instrumenten zur Risikoerfassung neuerlicher Gewalttätigkeit bei forensischen Klienten Entwicklung eines Modells zur Abbildung risikorelevanter Veränderungsprozesse	erster Projektbericht Mitte 2017, danach Einschätzung des weiteren Ressourcenbedarfes und Zeithorizontes Reisekostenersatz für externe Experten 1.542 Euro

VII. Fachbereich Personal

Projekt	Projektziel	Status des Projekts
JANUS	Erarbeitung eines neuen Aufnahmeverfahrens für den Justizwachdienst	abgeschlossen
MENTORING für Justizwachebedienstete nach der E2b-Grundausbildung	Das Personalentwicklungsinstrument „Mentoring“ soll nach dem Abschluss der E2b-Grundausbildung zur Förderung der beruflichen Integration und der Erleichterung des Berufseinstiegs von Justizwachebediensteten dienen.	abgeschlossen
BETRIEBLICHE GESUNDHEITSFÖRDERUNG für alle Mitarbeiter/Innen im Strafvollzug	Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit der Versicherung öffentlich Bediensteter zur Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden der Bediensteten des Strafvollzugs am Arbeitsplatz bzw. Anwendung moderner Führungsstrategien, die darauf abzielen, Gesundheitspotenziale zu stärken und Krankheitsrisiken vorzubeugen.	abgeschlossen
FRAUEN IN DER JUSTIZWACHE	Aufgrund der Erkenntnisse der gleichnamigen Studie „Frauen in der Justizwache“ sollen Maßnahmen erarbeitet werden, die zu einem Mehr an Aufnahmewerberinnen und Aufnahmebewerber für die Justizwache führt	in Bearbeitung, erste Ergebnisse Ende des Jahres
KONFLIKTLOTSEN	Ausbildung von Konfliktlotsen für den Straf- und Maßnahmenvollzug	in Bearbeitung

RECRUITING für den Justizwachdienst	Verbesserung des Recruitings für den Justizwachdienst (neue Aufnahmefolder, mehr Einschaltungen, Inserate in Printmedien, aktive Bewerbung in höheren Schulen, Teilnahme an Berufsmessen etc.)	abgeschlossen
ANFORDERUNGSRECHNUNG für den psychologischen und sozialen Dienst	Zur Erreichung einer sachgerechten Planstellenverteilung wurde eine Anforderungsrechnung für den Bereich des Psychologischen und des Sozialen Dienstes erstellt	abgeschlossen
ECO-C (EUROPEAN COMMUNICATION CERTIFICATE) in der E2b Grundausbildung	Einführung einer international anerkannten softskills Qualifizierung im Bereich der Persönlichkeits- und Sozialkompetenz durch Erlangen eines Eco-C (European Communication Certificate)-Zertifikates in der E2b Grundausbildung	abgeschlossen
GRUNDSÄTZE FÜR DEN MAßNAHMENVOLLZUG gemäß § 21 Abs. 2 StGB	Erstellung von Grundsätzen für den Maßnahmenvollzug gemäß § 21 Abs. 2 StGB	abgeschlossen
BESOLDUNGSDIENSTALTER	Umsetzung des Besoldungsdienstalters für alle Bediensteten des Strafvollzuges (Eingaben in das PM-SAP-System, Überprüfungen, Informationserteilung an Bedienstete)	abgeschlossen
PENSIONS-KONTO	Befüllung des Pensionskontos für Beamte im Strafvollzug, die ab 01. Jänner 2004 eingetreten bzw. nach dem 01. Jänner 1976 geboren sind.	abgeschlossen
VERWENDUNGSBEZEICHNUNG FÜR VERTRAGSBEDIENSTETE	Auf den 31. Juli 2016 rückwirkende Erfassung der Verwendungsbezeichnungen aller Vertragsbediensteten im Strafvollzug	abgeschlossen
PENDLERRECHNER	alle Bediensteten die ein Pendlerpauschale inne hatten, mussten einen Neuantrag einbringen und diese wurde unter Zuhilfenahme des Pendlerrechners neu berechnet	abgeschlossen
RECHTSBÜROS in Justizanstalten	Ausweitung der in den Justizanstalten eingerichteten Rechtsbüros auf insgesamt 11 in Österreich	in Bearbeitung, Ergebnisse in den nächsten Monaten
SYSTEMISIERUNG für Mitarbeiter/innen der	Aufbau einer Systemisierung für über die Justizbetreuungsagentur zugekauften	in Bearbeitung,

Justizbetreuungsagentur	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Erfassung der zugekauften Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Leistungskategorien	Ergebnisse in den nächsten Monaten
MEDIENSPRECHER/INNEN	Schulung von Mediensprecherinnen und Mediensprechern in den Justizanstalten	abgeschlossen
HOMEPAGE für den STRAFVOLLZUG	Erweiterung und Adaptierung der Homepage Justiz um den Bereich des Strafvollzuges	abgeschlossen
Implementierung einer COMPLIANCE-STRUKTUR in der Justiz	Erarbeitung eines neuen Unterrichtsgegenstandes in der E2b-Grundausbildung „Berufsethik und Compliance“. Unterrichtet werden die Themen Macht, Verantwortung, Werte, Compliance.	abgeschlossen
E2a-GRUNDAUSBILDUNG NEU	nunmehr Gliederung in eine dreistufige Ausbildung	in Bearbeitung, Ergebnisse in den nächsten Monaten
E2a-GRUNDAUSBILDUNG BEANTRAGT AUF NQR (NATIONALER QUALITÄTSRAHMEN)-EINSTUFUNG (5. Niveau)	Die Erfassung und Einordnung der Qualifikationen erfolgt in acht Niveaus lernergebnisorientiert und basiert auf dem Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR). Die E2a-Grundausbildung wurde für einen Einordnung auf dem 5. Niveau beantragt	in Bearbeitung, Ergebnisse in den nächsten Monaten
POST- und TELEKOM-BEDIENSTETE	Übernahme von Post- und Telekom-Mitarbeitern in den Bereich der Justizanstalten	abgeschlossen

Zu 14:

Mit Stichtag 1. April 2017 wurden insgesamt 9000 Insassen in österreichischen Justizanstalten angehalten, wobei die Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit Österreich, EU bzw. nicht EU und getrennt nach Haft-/Vollzugsstatus österreichweit folgendes Ergebnis bringt:

Staatsangehörigkeit/EU/Nicht EU	Anzahl	Prozent
ÖSTERREICH	4149	46,10 %
§ 429 StPO	58	
§ 438 StPO	1	
Anhaltung	32	
Strafhaft	2776	
Strafhaft §173(4)	49	

Untergebracht	1	
Untergebracht § 21 Abs. 1 StGB	344	
Untergebracht § 21 Abs. 2 StGB	330	
Untergebracht § 22 StGB	23	
Untersuchungshaft	515	
Verwaltungsh. §173(4)	11	
Verwaltungshaft	9	
EU	1733	19,26 %
§ 429 StPO	9	
Anhaltung	30	
Auslieferungshaft	2	
Finanzstrafh. §173(4)	1	
Finanzstrafhaft	1	
Strafhaft	1153	
Strafhaft §173(4)	19	
Übergabehaft	12	
Untergebracht § 21 Abs. 1 StGB	26	
Untergebracht § 21 Abs. 2 StGB	16	
Untersuchungshaft	461	
Verwaltungsh. §173(4)	1	
Verwaltungshaft	2	
NICHT EU	3118	34,64 %
§ 429 StPO	13	
§ 438 StPO	2	
Anhaltung	45	
Auslieferungshaft	6	
Finanzstrafhaft	1	
Strafhaft	2003	
Strafhaft §173(4)	27	
Übergabehaft	2	
Untergebracht § 21 Abs. 1 StGB	67	
Untergebracht § 21 Abs. 2 StGB	29	
Untergebracht § 22 StGB	5	
Untersuchungshaft	904	
Verwaltungsh. §173(4)	13	
Verwaltungshaft	1	
Gesamtergebnis	9000	

Die angefragte Aufschlüsselung nach Justizanstalten kann der angeschlossenen Beilage zu Frage 14 entnommen werden.

Zu 15:

Die Beschäftigungsquoten in den österreichischen Justizanstalten stellen sich zum 2.Jänner 2017 wie folgt dar:

Justizanstalt	beschäftigt	unbeschäftigt	Gesamtergebnis
Justizanstalt Eisenstadt	35,39 %	64,61 %	100,00 %
Justizanstalt f. Jugendliche Gerasdorf	98,72 %	1,28 %	100,00 %
Justizanstalt Feldkirch	35,88 %	64,12 %	100,00 %
Justizanstalt Garsten	86,32 %	13,68 %	100,00 %
Justizanstalt Göllersdorf	96,88 %	3,13 %	100,00 %
Justizanstalt Graz-Jakomini	39,50 %	60,50 %	100,00 %
Justizanstalt Graz-Karlau	86,17 %	13,83 %	100,00 %
Justizanstalt Hirtenberg	79,51 %	20,49 %	100,00 %
Justizanstalt Innsbruck	42,80 %	57,20 %	100,00 %
Justizanstalt Klagenfurt	55,40 %	44,60 %	100,00 %
Justizanstalt Korneuburg	59,51 %	40,49 %	100,00 %
Justizanstalt Krems	45,04 %	54,96 %	100,00 %
Justizanstalt Leoben	51,98 %	48,02 %	100,00 %
Justizanstalt Linz	59,85 %	40,15 %	100,00 %
Justizanstalt Ried/Innkreis	53,60 %	46,40 %	100,00 %
Justizanstalt Salzburg	76,82 %	23,18 %	100,00 %
Justizanstalt Schwarzau	92,24 %	7,76 %	100,00 %
Justizanstalt Sonnberg	93,45 %	6,55 %	100,00 %
Justizanstalt St. Pölten	42,16 %	57,84 %	100,00 %
Justizanstalt Stein	97,48 %	2,52 %	100,00 %
Justizanstalt Suben	79,00 %	21,00 %	100,00 %
Justizanstalt Wels	52,63 %	47,37 %	100,00 %
Justizanstalt Wiener Neustadt	29,05 %	70,95 %	100,00 %
Justizanstalt Wien-Favoriten	99,01 %	0,99 %	100,00 %
Justizanstalt Wien-Josefstadt	27,69 %	72,31 %	100,00 %
Justizanstalt Wien-Mittersteig	79,84 %	20,16 %	100,00 %
Justizanstalt Wien-Simmering	60,78 %	39,22 %	100,00 %
Gesamtergebnis	61,65 %	38,35 %	100,00 %

Wien, 31. Mai 2017

Dr. Wolfgang Brandstetter

